

Flüchtlinge sollen vermehrt arbeiten können

Mit Sprachkursen und weniger Bürokratie sollen Migranten besser in den Arbeitsmarkt integriert werden

Bund, Kantone, Gemeinden und die Sozialpartner wollen das Potenzial von Migranten besser nutzen. Für die Anstellung von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen sollen Hürden abgebaut werden.

flj. Bern · Die Mehrheit der anerkannten Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen ist nicht in den Arbeitsmarkt integriert. Geht es nach der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK), bestehend aus Bund, Kantonen, Städten, Gemeinden, Sozialpartnern und Migrantenorganisationen, soll sich das ändern. Konkret sollen im Vergleich zu 2011 zusätzliche 2000 anerkannte Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Menschen erwerbstätig werden.

Aufenthaltsstatus als Problem

Deshalb soll geprüft werden, ob und wie bestehende administrative Hemmnisse abgebaut werden können. Zudem gelte es, die Arbeitgeber vermehrt über die Möglichkeit der Anstellung von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen zu informieren und dafür zu motivieren. Viele Arbeitgeber wüssten gar nicht, dass sie diese Leute beschäftigen dürften und vom Staat dabei mit Beratung und Begleitung unterstützt würden, schreibt die TAK in ihrer Erklärung, die sie am Montag in Anwesenheit von Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga den Medien präsentierte.

Beat Meiner, Generalsekretär der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, begrüsst diese Bemühungen als Schritt in die richtige Richtung. Man müsse sich allerdings bewusst sein, dass Flüchtlinge meist schon Jahre im Land seien, bevor sie den Status des anerkannten Flüchtlings oder der vorläufigen Aufnahme erhielten. «Sie sollten schon viel früher in den Arbeitsmarkt integriert werden», sagte er am Rande der Medienkonferenz. Für viele Arbeitgeber ist auch der Status der «vorläufigen Aufnahme» immer noch eine Hemmschwelle, jeman-



Eine Asylbewerberin beim Nähen: Viele Arbeitgeber wissen nicht, dass sie diese Menschen beschäftigen dürften. GORAN BASIC / NZZ

den einzustellen. Darauf hatte jüngst die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen hingewiesen und die Schaffung eines neuen Schutzstatus angeregt. Eine Idee, welche Sommaruga am Montag zumindest als «bedenkenswert» bezeichnete.

«Keine caritative Aufgabe»

«Die bessere Integration von Migranten im Arbeitsmarkt ist keine caritative Aufgabe», sagte Sommaruga weiter. Natürlich sei diese auch aus menschlichen Gründen sinnvoll, aber sie lohne sich zudem volkswirtschaftlich. Mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative habe das Thema zusätzlich an

Bedeutung und Dringlichkeit gewonnen. Die TAK hat ihre Arbeit bereits im Oktober 2012 aufgenommen und seither verschiedene Projekte lanciert. So etwa das Projekt «Deutsch auf der Baustelle» der Sozialpartner im Bauhauptgewerbe. Im vergangenen Jahr haben rund 400 Bauarbeiter den praxisorientierten Sprachkurs besucht.

Im Frühling startet ein vom Staatssekretariat für Migration (SEM) unterstütztes Pilotprojekt des Schweizerischen Roten Kreuzes: Migranten und Flüchtlinge sollen mit fachspezifischen Sprachkursen dabei unterstützt werden, den Pflegehilfekurs erfolgreich abzuschliessen und so ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Auch die Kantone investieren vor allem in Sprache und Bildung. Über den Integrations-Kredit werden jährlich rund 5000 Sprachförderangebote finanziert, an denen über 100 000 Personen teilnehmen. Diverse Kantone setzen auch Coachs ein, um Menschen auf ihrer Stellensuche eng zu begleiten. In den nächsten Jahren soll als neuer Schwerpunkt die Information über Angebote für Berufsabschlüsse und Weiterbildungen verbessert werden.

Unabhängig von der TAK prüfen zurzeit auch der Schweizerische Bauernverband und das SEM die vermehrte Beschäftigung von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen in der Landwirtschaft.

Gutscheine für Krippenplätze

Modell auf dem Vormarsch

In der Stadt Luzern können Eltern mit einem Gutschein in der Hand die Betreuungseinrichtung für ihre Kinder selber aussuchen. Diese Art der Finanzierung findet schweizweit immer mehr Nachahmer.

Erich Aschwanden

Ein Kindergeburtstag der besonderen Art wird in diesen Tagen in Luzern gefeiert. Seit sechs Jahren zahlt die Stadt nun staatliche Subventionen nicht mehr an die Kinderkrippen aus, die damit Plätze zu reduzierten Tarifen anbieten, sondern direkt an die Eltern. Als erster Ort in der Schweiz hat Luzern Gutscheine eingeführt, mit denen die Eltern Wahlfreiheit erhalten und die Betreuungseinrichtung für ihre Kinder selber aussuchen können.

Besseres Angebot

Dieser Wechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung bei der ausserfamiliären Kinderbetreuung hat die Zahl der Betreuungsplätze in den letzten Jahren deutlich erhöht. Gegenwärtig besucht in der Stadt Luzern fast jedes dritte Kind im Vorschulalter eine Krippe oder eine Kindertagesstätte. Auch das Angebot an familien- und schulergänzender Betreuung für Schulkinder stösst auf ein zunehmendes Interesse. Momentan nutzen 26 Prozent der Kinder im Kindergarten- und Primarschulalter das schulergänzende Angebot.

Der zuständige Luzerner Stadtrat Martin Merki (fdp.) freut sich darüber, dass das Luzerner Modell zu einem Leuchtturm und damit zu einer Art Exportschlager geworden ist. Die positiven fiskalischen und volkswirtschaftlichen Effekte der Betreuungsgutscheine würden in der gesamten Schweiz immer mehr zum Thema, stellt Merki fest. Inzwischen haben die Luzerner Agglomerationsgemeinden Emmen, Horw und Kriens sowie die Stadt Bern das Modell mit den Gutscheinen übernommen. Doch auch in ländlichen Gebieten, so etwa im Kanton Uri und in der Luzerner Gemeinde Oberkirch, setzt man auf marktwirtschaftliche Elemente. Für eine Fachtagung in Luzern zu diesem Thema Anfang Februar haben sich über 90 Personen aus der ganzen Schweiz angemeldet.

Ende der Rationierung

Eine vor kurzem erschienene Studie der Universität St. Gallen hat die wirtschaftlichen Effekte des Angebotes in den Gemeinden Luzern, Emmen und Kriens untersucht. Dank den direkten Subventionen lasse sich das Haushaltseinkommen von Paarhaushalten und Alleinerziehenden erhöhen, stellt Alma Ramsden, die Autorin der Studie, in ihrer Untersuchung fest. Ebenso habe sich die Erwerbstätigkeit von Alleinerziehenden und Zweitverdienenden in Paarhaushalten erhöht.

Die Gutscheine hätten zudem einen positiven Effekt für die Gemeinden, da sie in der Regel zu einer Erhöhung der Steuereinnahmen und einer Reduktion der finanziellen Abhängigkeit einkommensschwacher Haushalte führten. Ramsden gelangt weiter zum Schluss, dass die Betreuungsgutscheine für Rechtssicherheit sorgten und eine Rationierung der Plätze verhindern könnten.

Während bürgerliche Politikerinnen und Politiker das Modell mit marktwirtschaftlichen Elementen in immer mehr Gemeinden übernehmen möchten, bestehen in linken Kreisen grundsätzliche Bedenken. So in der Stadt Bern, wo SP und Grüne sich vergeblich gegen die Einführung von Gutscheinen wehrten. Auch ein rot-grüner Volksvorschlag, der weiterhin eine Defizitgarantie für städtische Kitas vorsah und den Maximaltarif für die Eltern beibehalten wollte, fand im Juni 2013 an der Urne keine Mehrheit.

Thurgauer Regierung plant Innovationspark in Frauenfeld

Förderung der Ernährungs- und Landwirtschaft

Der Kanton Thurgau und die Stadt Frauenfeld bewerben sich nicht erneut als Standort für den Nationalen Innovationspark. Stattdessen verfolgen sie ihr Projekt eigenständig weiter.

wig. · Läuft alles nach Plan, wird der «Agro Food Innovation Park» dereinst auf den bisher vorwiegend militärisch genutzten Arealen im Zentrum von Frauenfeld angesiedelt. Er soll Akteure aus Bildung, Forschung und Entwicklung sowie aus landwirtschaftlichen Betrieben und Unternehmen der Ernährungswirtschaft zusammenführen. Ziel ist die Förderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Innovationskraft der Ernährungs- und Landwirtschaft. Dafür sollen Wissen und Technologien von der Produktion über die Verarbeitung und Vermarktung bis zur Wiederverwertung ausgetauscht und die Zusammenarbeit gefördert werden. Eine Steuerungsgruppe – zusammengesetzt aus den zwei Thurgauer Regierungsgliedern Kaspar Schläpfer und Monika Knill sowie dem Frauenfelder Stadtmann Carlo Parolari – steht der Projektorganisation vor.

Die Gruppe hat entschieden, das Projekt eines solchen Innovationsparks eigenständig weiterzuerfolgen, nachdem es auf nationaler Ebene gescheitert war. Im März letzten Jahres hatte sich der Kanton Thurgau zusammen mit der Stadt Frauenfeld als Standort für den

Nationalen Innovationspark (NIP) beworben. Die zuständige Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren berücksichtigte das Dossier jedoch nicht. Bemängelt wurde namentlich das Fehlen einer Forschungseinrichtung und das wenig ausgeprägte internationale Umfeld. Das Gremium erachtete nur zwei Vorhaben als ausgearbeitet genug: das Projekt «innovAARE» des Kantons Aargau und den Park Nordwestschweiz, der von den Kantonen Basel-Stadt, Baselland und Jura getragen wird. Der NIP soll am 1. Januar 2016 mit vier Standortpartnern – die beiden ETH-Projekte in Zürich (Dübendorf) und Lausanne waren gesetzt und mussten die Vorprüfung nicht durchlaufen – den Betrieb aufnehmen.

Die Verantwortlichen des Kantons Thurgau und der Stadt Frauenfeld hätten die Möglichkeit gehabt, die Bewerbung nachzubessern und erneut einzureichen. Weil die Erfolgsaussichten aber als gering eingestuft werden, verzichteten sie darauf. Stattdessen verfolgt die Steuerungsgruppe das Projekt nun eigenständig weiter. Sie hat eine Projektgruppe damit beauftragt, ein Konzept zum Profil und zur Ausrichtung des Innovationsparks zu erarbeiten. Bis Ende 2015 soll ein Bericht vorliegen, der als Grundlage für den Entscheid dient, ob das Projekt weiterverfolgt oder abgebrochen wird. Die Kosten für diese erste Phase belaufen sich auf geschätzte 275 000 Franken und werden zu gleichen Teilen vom Kanton und von der Stadt getragen.

Ferienorte reagieren auf den starken Franken

Einige Destinationen fixieren die Wechselkurse

In der Schweiz bereiten die Tourismusorte Massnahmen vor, um die Folgen des starken Frankens zu mildern. Diese reichen von Mehrwert-Angeboten bis hin zu fixen Wechselkursen.

(sda) · Arosa/Lenzerheide und Saas Fee lancieren beispielsweise eine gemeinsame Website über die Kantongrenze hinaus, um für die Mehrwerte der Destinationen zu werben. Dazu gehörten laut Bruno Fläcklin, Tourismusdirektor in Lenzerheide, etwa der kostenlose Ortsbus sowie die Integration des öffentlichen Verkehrs ins Ski-Ticket.

Graubünden Ferien sammelt derzeit bestehende und spezielle Angebote und Massnahmen vor dem Hintergrund der Frankenstärke. Diese sollen schnellstmöglich auf den Kommunikationskanälen bekanntgemacht werden. Über den genauen Inhalt werde aber erst informiert, wenn die Massnahmen spruchreif seien. Und dies sei derzeit noch nicht der Fall. «Wir streben aber wirkungsvolle Massnahmen an. Es herrscht bei uns im Moment sicher nicht Courant normal», so ein Sprecher von Graubünden Ferien.

Die Wintersportregion Scuol, Samnau und Val Müstair stehe vor besonderen Herausforderungen, weil das 238 Pistenkilometer grosse Skigebiet grenzüberschreitend sei und etwa die Hälfte der Gäste aus dem Euro-Raum stamme, sagte Niculin Meyer, Mediensprecher

der Ferienregion. «Da kann man also buchstäblich auf der Währungsgrenze herumkurven», fügte er an. In Samnau würden deswegen viele Leistungsträger wie etwa Hotels oder Geschäfte einen Vorzugskurs von 1 Franken 10 pro Euro anbieten. Einige würden dazu noch einen Pauschalrabatt von zehn Prozent gewähren. Im Endeffekt zahle also beispielsweise ein deutscher Gast etwa den gleichen Preis wie vor der Aufhebung des Mindestkurses. Bei den Bergbahnen sei der Skipass ein grosser Trumpf, weil dessen Preis jeweils vor der Saison in Euro festgelegt werde. Für die Schweizer Touristen sei der Skipass mit 45 Euro damit deutlich günstiger geworden.

Auch der Skiort Grächen hat den Wechselkurs des Euro fix auf 1 Franken 35 festgelegt. Eine Massnahme, die bereits in der Vergangenheit erfolgreich war. Und im grenzüberschreitenden Skigebiet Les Portes-du-Soleil wurden die Preise um 15 Prozent gesenkt, um mit den benachbarten französischen Stationen konkurrenzfähig zu bleiben. Aber vor allem würde über Massnahmen im Hinblick auf die Sommersaison diskutiert, hiess es weiter bei Valais/Wallis Promotion. Der Direktor der Ferienregion St. Bernhard beispielsweise, Gaëton Tornay, will sich bereits auf die kommende Sommersaison vorbereiten. Diese mache 65 Prozent der Hotelübernachtungen aus. Deshalb solle auch das Werbebudget für die Schweiz angehoben werden, um vermehrt einheimische Gäste anzulocken.